

Chronologie Solidarangebot Berliner Symphoniker

27. November 2003

DOV, Vorstände der drei Opernorchester und des BSO unterbreiten Solidarangebot zum Erhalt der Berliner Symphoniker. Wesentlicher Inhalt: Übernahme des ver.di-Abschlusses für den öffentlichen Dienst, Absenkung der Musikervergütungen um 12%, Kündigungsausschluss (**nicht:** Bestandsschutz mit Stellenplangarantie) bis 31. Dezember 2009, solidarischer Verzicht durch deutliche Reduzierung des Freizeitausgleich (originär 26 bis 33 Arbeitstage, je nach Berechnung, Mittelwert: 28).

27. November 2003

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur errechnet Einsparvolumen (inklusive Tariferhöhungen) bei Umsetzung des Solidarvorschlages von 2.869.271 € für 2004 und 2.748.415 € für 2005 (Anlage zum Schreiben des Senators an Dr. Bert Flemming, SPD, vom 29. Januar 2004)

1. Dezember 2003

Senator Flierl in Gespräch mit Herrn Mertens (DOV): „Solidarbeitrag reicht nicht für vollen Symphoniker-Zuschuss aus“.

5. Dezember 2003

DOV übersendet Senator Flierl ersten Entwurf eines Verzichtstarifvertrages für die vier Orchester.

9. Dezember 2003

Ende der Senatsklausur, Senatssprecher Donnermeyer: Zuschussstreichung für Berliner Symphoniker ist „Strukturentscheidung, und dabei bleibt es“.

17./18. Februar 2004:

Offener Brief der DOV an RegBM Wowereit und Senator Flierl in dem das Solidarangebot wiederholt und bekräftigt wird.

27. Februar 2004:

Hauptausschuss verhängt qualifizierte Sperre über 2,3 Mio. € bei der Opernstiftung, erhält Haushaltstitel für die Berliner Symphoniker mit 100,--€ und verpflichtet Senator zur Verhandlungsaufnahme mit der DOV; Berichtsvorlage mit Ergebnis der Verhandlungen bis zum 31. März 2004.

1. März 2004

Am Rande der Sitzung des Kulturausschusses bittet Dr. Flierl die DOV, Herrn Mertens, um kurzfristigen Gesprächstermin für 3. März 2004. Nachmittags: Eingang der offiziellen Einladung per Telefax für den 3. März.

3. März 2004, 15.00 Uhr

Sondierungsgespräch im Abgeordnetenhaus

Für die AG-Seite waren u.a. anwesend: Flierl, Esser, Behring; Bolwin, Vierthaler, Bergmann (Konzerthaus), Pesch (ROC), Kersten (Stiftung Philharmonie)

Auf AN-Seite: Glander, Schimmelpfennig (Staatskapelle), Petersen (DOB), Gnautsch (Kom.Oper), Kühner (ROC-BR), Watzel (DSO), Döbler (RSB), Moritz (Symphoniker), Mertens, Dr. Strulick; BSO-Vertreter hatten wegen Spanienreise abgesagt, schriftlich aber das

Angebot noch einmal unterstützt; Riegelbauer (BPhil) hatte am Vortag telefonisch wegen Orchesterfototermin abgesagt.

Wesentliche Ergebnisse/Positionen in Stichworten:

- Einsicht der Beteiligten, dass ROC-Klangkörper wg. der besonderen Gesellschafterstruktur und des nur 20%-Anteils des Landes Berlin gegenwärtig nicht unmittelbar eingebunden werden können. Zuwendungsrechtlich könnte insbesondere der Bund einer Umwidmung von Zuwendungen an die ROC in das SOB untersagen, bzw. der Zuschuss abgesenkt werden. Eigene Tarifverhandlungen für einen Grundlagen-TV zwischen ROC/DBV/DOV laufen ab 4. März 2004. DSO und RSB haben ausdrücklich Solidarität für SOB erklärt; DSO will pro Spielzeit ein Benefizkonzert für SOB-Verein geben.

- Vierthaler sieht Tarifverzicht für Opernstiftung (qualifizierte Haushaltssperre) grundsätzlich dann als machbar an, wenn die Spielfähigkeit der Häuser gewährleistet bleibt.

- Bergmann lehnt TV-Verzicht ab, BSO müsste zwei Konzertprojekte absagen, Einnahmeausfälle...

- Kersten: Stiftung Philharmoniker und Orchester haben in der kurzen Zeit seit der Beschlussfassung im Hauptausschuss keine Meinungsbildung einleiten können.

- Bolwin: Wenn Bestandsschutz bei Vergütungsverzicht für die drei Opernorchester gewährt würde, müsse dieser in Tarifverhandlungen auf Anfordern der anderen Gewerkschaften ggf. auch dem sonstigen künstlerischen Personal (Chor, NV-Bühne) gewährt werden. Dann müsse die Opernstiftung aber entsprechende Garantien bzw. eine entsprechende finanzielle Ausstattung erhalten.

- Orchestervertreter haben nochmals geschlossen die Ernsthaftigkeit des Solidarangebotes unterstrichen.

einzigster Knackpunkt des Tarifangebots: Freizeitausgleich

Bei 100%-Umsetzung des ver.di-TV ca. 28 bis 30 Tage für TVK-Orchester. DOV-Sondierungsvorschlag: 50%, also 14 Tage, 12% Vergütungsverzicht, Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 31.12.2009.

Inhaltlicher Spielraum besteht auch noch bei der Frage des Inkrafttretens des Tarifvertrags. Die Bestandssicherung der Symphoniker müsste gesondert verankert werden, ebenso wie ein angemessener Gehaltsverzicht der Symphoniker, wenn nicht die volle bisherige Zuschusssumme zusammenkommt.

- DOV versucht, den Gegenstand der Gespräche von Nebenthemen (ROC, Philharmoniker, allgemeine TVK-Verhandlungen; Bündnis für die Bühnen-Opernstiftung), auf das jetzt (!) vorrangige Thema "Solidarvorschlag" einzugrenzen, um Zeitverzögerungen, Überfrachtungen und insbesondere sachfremde Erwägungen der AG-Seite zu vermeiden.

Die spezifischen Themen der Orchester in der Opernstiftung (Aushilfen, Eingruppierung DOB usw.) müssen sodann umgehend in weiteren Tarifverhandlungen mit dem DBV geklärt werden. Eine entsprechende Verhandlungsklausel ist im ersten TV-Entwurf bereits enthalten.

Ergebnis: Am Mittwoch, dem 10. März 2004, 15.00 Uhr, formelle Tarifverhandlung zwischen DOV und DBV in Anwesenheit von Flierl über das **Solidarangebot auf der**

Grundlage des ver.di-Tarifabschlusses für das Land Berlin – ROC und Philharmoniker werden vom Land Berlin nicht mehr thematisiert.

5. März 2004

Schriftliche Einladung des Deutschen Bühnenvereins zum Tarifgespräch am 10. März 2004

10. März 2004, 15.00 Uhr

Tarifverhandlung in der Deutschen Staatsoper:

Für die AG-Seite waren u.a. anwesend: Flierl, Esser, Behring; Bolwin, Vierthaler, Bergmann (Konzerthaus), Sense (DOB)

Auf AN-Seite u.a.: Glander, Schimmelpfennig (Staatskapelle), Petersen, Döll (DOB), Gnautsch (Kom.Oper), Hilse (BSO); Mertens, Dr. Strulick, Masopus; Karmeier (DOV-Vorsitzender), Heilmeier, Stieghorst (TVK-Tarifkommission)

DOV eröffnet mit Ergebnis/Angebot aus dem Sondierungsgespräch vom 3. März 2004:

1. Geschäftsgrundlage: Erhalt der Berliner Symphoniker
2. Übernahme des ver.di-Abschlusses für den öffentlichen Dienst, Absenkung der Musikervergütungen um 12%
3. Kündigungsausschluss bis 31. Dezember 2009
4. Solidarischer Verzicht durch deutliche Reduzierung des Freizeitausgleich (14 freie Tage für den einzelnen Musiker).

AG-Seite bietet maximal 5 freie Tage an und fragt nach tariflicher Aushilfenregelung bei der Opernstiftung.

DOV hält 5-Tage-Angebot für zu unverhältnismäßig und erklärt im Übrigen **ausdrücklich Bereitschaft**, gesondert in der Opernstiftung über Aushilfenfrage der Orchester zu sprechen (§ 6 des TV-Entwurfes vom 5. Dezember 2003), da BSO hieran nicht beteiligt sei und komplexe Regelungen noch zu verhandeln wären.

Land Berlin erklärt: 14 Tage seien dann kein Problem, wenn Verständigung über Aushilfenregelung erfolgt.

Zunächst keine Annäherung bei der Zahl der freien Tage. Da die Arbeitgeberseite bei der Höhe des geforderten Freizeitausgleichs überhaupt kein Entgegenkommen zeigen wollte, schlägt **sie** nach Sitzungsunterbrechung und Zwischenberatungen vor:

Reduzierung der prozentualen Absenkung, um damit auf eine geringere Zahl von freien Tagen zu gelangen.

Bolwin/Flierl: Reduzierung des prozentualen Gehaltsverzichts und dadurch Absenkung der freien Tage.

- Flierl: Er muss gegenüber dem Hauptausschuss berichten; eine „namhafte“, siebenstellige Summe ist ausreichend.
- 9,5 % anstelle der angebotenen 12% Gehaltsverzicht reichen aus, dann 6 freie Tage denkbar.

Gegenvorschlag der DOV: alle Parameter des Solidarangebots generell um 50% reduzieren: 6 % (statt 12%) Vergütungsverzicht, 7 (statt 14) freie Tage, Tarifsteigerungen halbiert (statt ca. 4,45% bis Januar 2005 nur ca. 2,25%)

Von AG-Seite abgelehnt.

Über freie Tage, Modalitäten weitere Varianten wird nicht weiter verhandelt.

Nach Zwischenberatungen/Sitzungsunterbrechungen:

- Flierl/Bolwin: Es müssen nicht einmal 9,5% sein, es reichen 9%.
- Frage Hilse (BSO): Die danach ggf. zustande kommenden knapp 1,3 Millionen € würden ausreichen?
- Flierl: Das reicht, der Rest muss aus dem Abgeordnetenhaus kommen.

DOV: Dann 7 individuelle, freie Tage, grundsätzlich zusammenhängend, aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen auch 3 / 4 möglich.

Weitere mögliche Einzelheiten (Modifizierungen, In-Kraft-Treten, Laufzeit, spätere Zeitpunkte der Tarifierhöhungen) werden nicht mehr beraten.

Vorläufiges Verhandlungsergebnis:

1. Erhalt der Berliner Symphoniker für die Laufzeit des Tarifvertrages (1.9.2004 – 31.12.2009)
2. Gehaltsabsenkung um 9% (nach Gehaltserhöhung um 4,45% gemäß Potsdamer Abschluss) bei allen Mitgliedern der beteiligten Orchester
3. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31.12.2009
4. Freizeitausgleich von jährlich zusätzlich 7 freien Tagen

18. März 2004

Flierl im Abgeordnetenhaus:

„Auch das Angebot der Deutschen Orchestervereinigung, die notwendigen Mittel durch einen tarifvertraglich vereinbarten solidarischen Gehaltsverzicht aufzubringen, brachte nicht den erhofften Durchbruch. War bereits vor Weihnachten absehbar, dass der vorgeschlagene Gehaltsverzicht von 12% durch die Opernorchester und das BSO nicht die erforderliche Summe erbringt, relativierte sich die Tragfähigkeit des DOV-Angebots in den Verhandlungen weiter. Wie Sie wissen, bin ich der Aufforderung des Hauptausschusses gefolgt und habe die Tarifpartner – den Deutschen Bühnenverein und die Deutsche Orchestervereinigung – zu entsprechenden Verhandlungen an einen Tisch gebracht. Das waren keine Scheinverhandlungen, sondern harte Tarifaufeinandersetzungen.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen kam immerhin ein Solidarbeitrag von 1,215 Mio € zusammen, der jedoch immer noch um zwei Drittel unterhalb der erforderlichen Summe lag. Der Solidarpakt der DOV, der übrigens selbst unter den Orchestern umstritten war, führte auch deshalb nicht zum Erfolg, weil sich weder die ROC noch die Berliner Philharmoniker an den Verhandlungen beteiligen konnten, weil der ursprünglich von der DOV vorgeschlagene 12-prozentige Gehaltsverzicht an einen 14-tägigen Freizeitausgleich gekoppelt war, der sowohl beim Konzerthaus als auch in der Opernstiftung zu massiven, existenzgefährdenden Einnahmeausfällen geführt hätte, und weil die DOV nicht bereit war, im Rahmen dieser Solidarpaktgespräche über kostenfreie Aushilfe der Mitglieder der Opernorchester auch nur zu verhandeln. Das war kein wirklich realistisches Angebot.“

(Zitat aus dem vorläufigen Protokolltext der 48. Sitzung vom 18. März 2004)